

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Abdruckpreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 Mk. 45 Pfg., in Altenteig 12 Mk. Anzeigenpreis: Die halbe Seite oder deren Raum 60 Pfg., die Reklamespalte 1 Mk. 60 Pfg. Mindestbetrag eines Auftrags 2 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt einlöslich.

Nr. 94.

Altensteig, Montag den 25. April.

Jahrgang 1921.

Für Mai und Juni

nehmen Bestellungen auf unsere Schwarzwälder Tageszeitung alle Postanstalten und Postboten, sowie die Austräger und Agenturen unserer Zeitung entgegen.

Die deutschen Vorschläge zum Wiederaufbau.

Berlin, 24. April. In der Wiederaufbaufrage hat die deutsche Regierung folgende Note an die Entschädigungskommission gerichtet:

Deutschland ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß es für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens in der Welt umgänglicher notwendig ist, die im Krieg zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Solange das nicht geschehen ist, besteht die Gefahr, daß die Gefühle des Hasses unter den beteiligten Völkern nicht verschwinden werden. Deutschland erklärt sich deshalb nochmals auf das bestimmteste bereit, am Wiederaufbau mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften mitzuwirken und bei der Durchführung im Einzelnen jeden Wunsch der beteiligten Mächte, soweit irgend möglich, zu berücksichtigen.

Für die Art der Durchführung des Wiederaufbaus erlaubt sich die deutsche Regierung unter Aufrechterhaltung ihrer seit 1919 gemachten Angebote zusammenschließend auf folgende Möglichkeiten hinzuweisen:

I. Deutschland könnte den Wiederaufbau bestimmter Städte, Flecken oder Dörfer oder bestimmter zusammenhängender Teile des Wiederaufbaugebiets unter Uebernahme sämtlicher Kosten in eigener Leitung oder durch Vermittelung eines internationalen Siedlungsunternehmens übernehmen. Bei einer derartigen Regelung würden vor allem die Erfahrungen der letzten Jahre, die Deutschland beim Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Gebiete Ostriens gemacht hat, Deutschland will im Augenblick davon absehen, diesen Vorschlag näher zu erläutern, da sein Grundgedanke bisher bei den verbündeten Regierungen auf Bedenken gestoßen ist.

II. Deutschland ist ferner willens, unabhängig von der vorgenannten Regelung, seinen Entschluß, alsbald für den Wiederaufbau der zerstörten Teile Nordfrankreichs und Belgiens alle Hilfsmittel bereit zu stellen, zu betätigen. Deutsche Gesellschaften haben beschlossen, folgende Leistungen anzubieten: 1) in den zerstörten Gebieten wären nach Maßgabe der näheren Wünsche der verbündeten Regierungen Aufräumungsarbeiten und Aufforstungsarbeiten vorzunehmen; 2) Biegeleisen im Aufbaugebiet in Stand zu setzen oder neu zu errichten, ebenso Kalk, Gips und Zementwerke daselbst zu erbauen, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für Baustoffe beginnen zu können, darüber hinaus Baustoffe und Baumaterialien aus Deutschland zu liefern; 3) Vorkehrungen zu treffen, daß die im Aufbaugebiet nicht vorhandenen Geräte und Maschinen für Bauzwecke aus Deutschland herangehrt werden können, einschließlich der Baustoffe, die für die ersten Einrichtungen erforderlich sind; 4) sofort mit der Anfertigung von Wohnbauten aller Art, mindestens von 25 000 Holzhäusern (Wohnhäusern) zu beginnen und diese vor Beginn der kalten Jahreszeit anzustellen, um der im Augenblick dringenden Wohnungsnot in den zerstörten Gebieten vorerst zu begegnen; 5) dazu die Ausstattung z. B. Möbel, Decken, Kochherde und Kochgeschirre zu liefern; 6) nach den Plänen und unter Ueberwachung der französischen Behörden Hoch- und Tiefbauten jeder Art auszuführen. Ob diese Bauten im eigenen Betrieb der französischen oder der deutschen Regierung oder in gemeinschaftlichen Betrieben oder durch private Unternehmerbetriebe oder unter Zulassung aller freien Betriebsformen ausgeführt werden sollen, wird nach den Wünschen der verbündeten Regierungen zu bestimmen sein.

Die deutsche Regierung ist willens, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten. Im Einkommen mit den deutschen Bauarbeiterverbänden einschließlich der Verbände der Angestellten und Baumeister

agieren die deutsche Regierung, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistung mitzuwirken.

III. Die Beschädigung über alle hinreichend zu erledigenden Fragen erfordert eine gewisse Zeit. Andererseits haben die Geschädigten ein großes Interesse an einem schnellen Ausbau ihrer Wohnstätten und Anlagen. Die deutsche Regierung erklärt sich deshalb bereit, sofort und bis zur Schaffung einer weiteren Regelung den Geschädigten, die ihre zerstörten Häuser und sonstigen Anlagen wieder aufgebaut sehen wollen, leistungsfähige und vertrauenswürdige Unternehmer zu benennen. Mit diesen Unternehmern können die Geschädigten oder ihre Interessensvertretungen vollständige Baupläne mit Kostenschätzungen aufstellen. Die Geschädigten können natürlich auch ihrerseits deutsche Firmen bezeichnen, mit denen sie in Verbindung zu treten wünschen. Die deutsche Regierung ist bereit, die Gesamtkosten solcher Bauten, soweit sie in Papiermark bezahlt werden können, gegen Guthrift auf das Entschädigungskonto zu übernehmen, während sie die Zahlungen der in ausländischer Währung entstehenden Kosten weiterer Erwägung vorbehält.

IV. Falls die verbündeten Regierungen wünschen, daß die Mitwirkung der deutschen Regierung am Wiederaufbau in anderen als in den vorstehend vorgeschlagenen Formen erfolgt, so ist die deutsche Regierung bereit, jeder von Verbands-Seite gegebenen Anregung und jeden gemachten Vorschlag eingehend und gewissenhaft zu prüfen und zu erörtern, um auch in jeder anderen, den dortigen Wünschen entsprechenden Form am Wiederaufbau teilzunehmen. Die deutsche Regierung bittet die verbündeten Regierungen, die erforderlichen Besprechungen über Einzelheiten der zu treffenden Regelung möglichst sofort einzuleiten.

Krise in Berlin.

Berlin, 24. April. Das Reichskabinett trat am Freitag nachmittag, nach der Erklärung des Reichsministers Dr. Simons im Reichstag, um 5 Uhr zu einer Beratung zusammen, die bis nach 8 Uhr dauerte. Um 9 Uhr abends waren die Führer der Parteien zu einer Besprechung in die Reichskanzlei geladen, jedoch sollten die Mitteilungen nach dem Wunsch des Reichskabinetts vertraulich sein. Die Vertreter der Deutschnationalen, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen lehnten es ab, daß in Dingen, die Lebensfragen des deutschen Volks betreffen, geheim verhandelt werde. Nach längerem Umanbergehungen zog sich um 11 Uhr nachts das Kabinett zu einer Beratung zurück, nach der es erklärte, es müsse an der Geheimhaltung festhalten. Da auch die Parteien auf ihrem Standpunkt beharrten, verzichtete das Kabinett auf die Mitteilung seiner Absichten. Die Sitzung wurde darauf ausgesetzt. Die für Samstag anberaumte Reichstagsitzung wurde auf Wunsch der Regierung auf Montag verschoben. Am Samstag abend 6 Uhr wurde sodann der Parteiführer ohne die Bedingung der Geheimhaltung Mitteilung von den neuen Vorschlägen zur Entschädigung gemacht.

In den Sitzungen der Reichstagsfraktionen wurde das Verhalten der Regierung überwiegend ungünstig beurteilt. Man fand die Form der Note an Harding ebenso unglücklich verfaßt wie die Begründung, die Dr. Simons für das außerordentlich weitgehende Anerbieten des Schiedsrichters gegeben hat. Die Stellung Simons gilt als schwer erschüttert.

Nach den „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“ sei mit einem Zusammenbruch des Reichskabinetts zu rechnen. Seit der unglückseligen Unterredung Simons mit dem Vertreter des Pariser „Matin“, Sauerwein, in Bern und den zweiten Vorschlägen in London, in denen Simons seine Befugnisse weit überschritt, habe er das Vertrauen der Reichsparteien verloren. Seine Note an Harding werde aufs schärfste verurteilt. Man wisse ihm vor, daß er dabei zu eigenmächtig gehandelt und ohne vorherige Verständigung mit den Parteiführern Deutschland auf 100 Jahre dem Gutdünken Fremder ausgeliefert habe.

Der „Berliner Volksanzeiger“ glaubt nicht, daß man es im gegenwärtigen Augenblick auf eine Kabinettskrise ankommen lassen werde. Wenn der deutsche Vorschlag der amerikanischen Regierung nicht genüge, müsse das Unternehmen als gescheitert betrachtet werden.

Paris, 24. April. Nach der Auffassung der französischen Regierung hat die deutsche Reichsregierung durch die amerikanische Antwort einen unzweifelhaften Misserfolg erreicht. Der „Temps“ sagt, wenn Amerika neue Vorschläge Deutschlands vermitteln wollte, so bedeutete dies, daß es sich auch für deren Durchführung einsetze. Diese Bürgschaft sei für die Gläubiger Deutschlands von großem Vorteil, sie könnten dann in den nächsten 30 Jahren sich immer wieder an die Vereinigten Staaten wegen der Zahlung halten, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt.

Neues vom Tage.

Textilarbeiterstreik in Oberbaden.

Freiburg i. B., 24. April. Der Streik in den Textilbetrieben Oberbadens nimmt großen Umfang an, erstreckt sich aber nicht auf solche Betriebe, in denen die christlichen Gewerkschaften die Oberhand haben. Die Arbeiter fordern eine 30prozentige Lohnerhöhung, die von der Arbeitgeberseite verweigert wird. In Urubach ist es nicht gelungen.

Wiederaufbaufragen.

Paris, 24. April. Die vom Allgemeinen Arbeiterverband einberufene Vertreterversammlung über den Wiederaufbau in Frankreich hat einen Auspruch erlassen, der mit der französischen Regierung in Verbindung treten soll, um allgemeine Richtlinien für den Wiederaufbau festzusetzen und mit den bereits bestehenden Verbänden der Geschädigten sich zu einigen. In einer Entschädigung wurde ausgesprochen, der Hauptteil des Wiederaufbaus bestehe in seiner Arbeit und in seiner Erzeugung, ein Wiederaufbauplan unter Nichtbeteiligung der deutschen Arbeiter sei daher nicht denkbar.

Am 28. April werden auf dem Kongress in London die französischen Gewerkschafter mit den Vertretern der deutschen Arbeiterverbände zusammenkommen; es werde dann zu erfahren sein, auf welche Mitarbeit von deutscher Seite gezählt werden könne. Eine ganze Reihe von Bürgermeistern trat für die Beteiligung der deutschen Arbeiter ein. Ferner wurde bekannt gegeben, daß sich die Kosten des Wiederaufbaus auf 50 Milliarden in vorläufigen Schätzungen belaufen. Frankreich werde 20 Jahre für den Wiederaufbau brauchen. Deutsche Arbeiter und deutsches Material seien unbedingt erforderlich.

Die englischen Gewerkschaften gegen die Sanktionen.

London, 24. April. In einer Kundgebung des parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftskongresses und des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei bezog es: Ein neuer Einbruch in Deutschland und die Befreiung des Ruhrgebiets sind moralisch und politisch zu verwerfen und würden auch einen Verrat an der eigenen industriellen Wohlfahrt Großbritanniens bedeuten. Selbst wenn bewiesen würde, daß Deutschland fähig aber nicht gewillt sei, seinen Teil an der Kriegsentwässerung zu leisten, würden die vorgeschlagenen Zwangsmittel das Leben der Arbeiterschaft verzerren, die wirtschaftliche Wiederherstellung verzögern und die eigenen industriellen Schwierigkeiten in England verschärfen. Die organisierte Arbeiterschaft nicht nur in England und den verbündeten Ländern, sondern auch in Deutschland besteht darauf, daß die verwüsteten Gebiete Frankreichs vollständig und sofort wieder hergestellt werden. Eingehende Angebote, diese Schäden mit deutscher Arbeit und deutschen Mitteln wieder gut zu machen, sind verschiedentlich erfolgt. Bevor nicht bewiesen ist, daß die Verantwortung für den Misserfolg dieser Angebote Deutschland zufällt, kann man nicht der Ansicht sein, daß Deutschland zum Teil seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe. Der Vorschlag, das Ruhrgebiet zu verwalten und auszubauen, eine Bevölkerung von 4 Millionen unter fremde Mitbeherrschung zu bringen und die Bergarbeiter dieses Gebiets sozusagen Zwangsarbeit leisten zu lassen, ist ebenso unannehmlich als gefährlich. Früher oder später würde sogar ein entlassene Nation gegen eine solche Behandlung sich erheben. Die Folge davon würde unsehbar auf die eigenen Interessen Englands zurückfallen, das bereits die Arbeitslosigkeit für die Ruinen bezahlt, die der Krieg, die Blockade und der Unterdrückungsfriede dem Kontinent zugefügt haben. Wenn diese Schäden durch die Befreiung des Hauptkollisionsgebiets Deutschlands wiederwärtig würden, so könnte die ausenbländische Arbeit-

losigkeit in England dauernd und unheilbar werden. Die Erhebung des Spa-Tributs von zwei Millionen Tonnen monatlich aus dem Ruhrgebiet für Frankreich und Belgien hat die englische Kohlenausfuhr nach Frankreich stillgelegt. Sie ist also die tatsächliche Ursache der Krisen und Konflikte im englischen Kohlenhandel. Wenn Frankreich die gesamte weitere Kohlenförderung des Ruhrgebiets sich unterwirft, so ist es klar, daß jede Hoffnung auf Wiederherstellung des englischen Ausfuhrhandels schwinden wird.

Beschränkung der Einwanderung in Amerika.
Washington, 24. April. Das Abgeordnetenhaus hat das Gesetz über die Beschränkung der Einwanderung angenommen.

Um den Goldschatz der Reichsbank.

Berlin, 24. April. Auf das Verlangen der Entschädigungskommission betreffend Auslieferung des Reichsbankgoldschatzes als Bürgschaft hat die Reichsregierung der Kommission in Paris folgende Antwortnote übergeben lassen: Das Verlangen scheint sich auf Absatz 2 des Artikels 248 des Friedensvertrags stützen zu wollen, nach dem die deutsche Reichsregierung ohne vorherige Zustimmung der Kommission weder Gold ausführen, noch darüber verfügen, noch seine Ausfuhr, noch die Verfügung darüber gestatten darf, mit Ablauf des 1. Mai 1921 in Kraft tritt. Die deutsche Reichsregierung verkennt nicht, welches Interesse die vereinigten Regierungen davon haben, daß diese Bestimmung nicht eher außer Kraft tritt, als bis eine grundsätzliche Verständigung über die Lösung der Entschädigungsfrage erfolgt ist. Sie erklärt sich daher bereit, sofort die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, damit noch vor dem 1. Mai die Geltung der gesamten Bestimmung bis zum 1. Oktober 1921 verlängert wird.

Die verlangten Maßnahmen auszuführen, ist der deutschen Reichsregierung schon aus dem Grund nicht möglich, weil die Reichsbank als Privatinstitut in der Verwaltung ihres Privateigentums, insbesondere ihrer Metallbestände, frei und von der Reichsfinanzverwaltung unabhängig ist. Durch die Wegführung der letzten Golddeckung deutscher Banknoten würde eine erneute schwere Erschütterung der deutschen Balanz und des deutschen Geldwesens unabweislich eintreten. Nicht zuletzt würden alle Besitzer deutscher Mark im Ausland, wie überhaupt alle ausländischen Gläubiger Deutschlands schwer in Mitleidenschaft gezogen werden.

Reuport, 24. April. Die Zahl der augenblicklich füllgelegten Schiffe im Hafen von Reuport beträgt 653 mit einem Gesamtgehalt von 4279000 Tonnen.

Rom, 24. April. Der Kongress gegen die Sklaverei hat eine Tagesordnung über die Frage der deutschen Missionare angenommen, in der es heißt: Die italienischen Katholiken treten dafür ein, daß die deutschen Missionare wieder in ihre Missionen eingesetzt werden.

Reichstag.

Berlin, 23. April.
Präsident Ebe teilt mit, daß die Regierung heute noch nicht in der Lage ist, eine Erklärung abzugeben. Die Regierung sei auch bei der Beratung der neuen von Deutschland zu machenden Vorschläge und halte es nicht für richtig, heute sich darüber zu äußern. Die Erklärung werde am Montag erfolgen.
Abg. Gelpien (USP.): Er könne die Gründe der Regierung nicht anerkennen. Die Art der Regierung, auf eigene Faust

Lesetracht.

So lange du dich noch nicht selbst aufgibst, ist noch nichts gänzlich verloren.

Gelöste Ketten.

Roman von Hedwig Nicolay.

(11) (Nachdruck verboten.)

Der Alte richtete sich aus seiner zurückgesunkenen Lage auf. „Endlich“, sagte er ansetzend, „lange genug hat's gedauert, ehe Du Dich bequimest, meine Wünsche zu erfüllen.“ Er legte die Waffe auf den Tisch und wollte ihr die Hand reichen, aber als er den flauen, totähnlichen Ausdruck auf ihrem Antlitz wahrte, ließ er betreten die Hand wieder sinken. Etwas, das einem widerlichen Gefühl ähnlich sah, befiel seine verdorrte Seele, er erhob sich und rührte sie an der Schulter.

Es wird vorübergehen wie alles im Leben! Das erst einige Zeit verstrichen sein, und Du bist wieder froh und zufrieden.“

Die Angeredete bewegte sich nicht, wie eine Statue des Schmerzes stand sie da; es schien, als ob eine klingende Säge in ihr zersprungen wäre, als ob der warme Quell in ihrer Brust zu Eis erstarrte.

„Es fiel ein Reif in der Frühlingssnacht. Er fiel auf die zarten Wimperlein.“

Sie sind verwelkt, verdorrt!“

„Och! jetzt auf Dein Zimmer, ich werde das übrige veranlassen.“ bemerkte der Baron gedrückt. „Noch heute schreibe ich an den Grafen.“

Stumm, automatenhaft entfernte sie sich, mechanisch wie eine Marionette.

In diesem Moment hob die Wanduhr wieder zum Schlagen aus; ihre tiefe Stimme rief nun Mal dumpf durch's Gemach. Die schwerste Stunde in Gitta's Leben war vorüber.

ohne Anhörung des Reichstags zu handeln, dürfte nicht vorzuziehen werden. Die Note dürfte unter keinen Umständen abgelehnt werden, ohne daß der Reichstag sie vorher kennen gelernt habe. Er verlange sofortige Besprechung.

Reichsanwalt Behrnbach: Nach Ansicht der Regierung kann von einer öffentlichen Erörterung im Parlament keine Rede sein, solange die Antwort nicht an die Adresse der amerikanischen Regierung gelangt ist. Es entspricht nicht der diplomatischen Gepflogenheit, durch eine öffentliche Erörterung im Plenum könnte außerdem der Schritt gefährdet werden.

Abg. Geuer (Komm.): Vielleicht ist der Reichstag gar nicht damit einverstanden, daß diese Regierung überhaupt die Note dem Reichstag vortrage (D. n. S.). Die Gründe, die der Reichstag heute gegen eine Besprechung vorbrachte, bestanden schon gestern. Wir können die Regierung nicht zum Nachhaken zwingen. Unter diesen Umständen scheint eine Aussprache amoklos. Die ungeheure Verantwortung, die Dr. Simons mit seinem Schritt gegenüber Amerika übernimmt, muß er allein tragen.

Abg. Herrm. Müller (Soz.) fragt, wann die Regierung ihre Erklärung abgeben könne. Nützlichfalls könnte selbst in späteren Nachstunden oder morgen Sonntag verhandelt werden.

Minister Dr. Simons erwidert, die Note werde erst im Laufe des Nachts nach Washington abgehen und es sei zweifelhaft, ob sie wegen des Sonntagsdienstes morgen in die Hände der amerikanischen Regierung gelange. Er bittet deshalb, die Aussprache nicht vor Montag Nachmittag anzusetzen.

Die nächste Sitzung wird auf Montag nachmittags 3 Uhr anberaumt.

Landtag.

Stuttgart, 22. April.

Tagesordnung: Polizeisperrgesetz.

Den Anlaß zum Gesetz gab die Stadt Stuttgart, die vor der Verstaatlichung der Polizei ihre bestehende Polizei abschaffen wollte. Durch das Gesetz soll bewirkt werden, daß Gegenstände und Einrichtungen der Polizei erhalten bleiben, so daß der Staat nicht in die Lage kommt, diese Dinge in ungenügendem Zustand übernehmen zu müssen.

Die Abg. Müllerberger und Hausmann (D.D.P.) beantragten: 1. Die Beschaffung der Polizei auszuführen, 2. die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes in dem demnächst zu erlassenden Entwurf betreffend die Verstaatlichung der Polizei zu übernehmen.

Abg. Dr. Müllerberger (D.D.P.): Der Streit zwischen Staat und Stadt Stuttgart wegen der Polizeisperrde ist gütlich beigelegt zu werden, wenn das Gesetz in der Fassung der Kommission angenommen würde. In dieser allgemeinen Weise dürfen nicht alle Gemeinden bevormundet werden.

Abg. Kinkel (USP.): Das Gesetz steht im Widerspruch zur Gemeindeordnung.

Abg. Henmann (S.): Bis jetzt habe es noch kein Minister fertig gebracht, einem Ausschuss vertrauliche Mitteilungen zu verweigern als Minister Graf. Minister Graf macht eine abweichende Handlung, worauf sich bei den Sozialdemokraten und Kommunisten ein wahrer Sturm erhebt. Mich und Kretzer rufen: „Hanswurst“. Der Präsident erteilt mehrere Ordnungsrufe.

Minister Graf: Wenn ich durch eine Handlung meinen Eindruck Ausdruck gab, so kommt das daher, weil in einer deutlich erkennbaren Weise der Kampf der Sozialdemokratie gegen mich als Leiter des Ministeriums des Innern einen persönlichen Charakter annimmt. Man hat sogar versucht, die Polizeiwache gegen meine Person aufzubringen und meinen Eintritt ins Ministerium des Innern zu verhindern. (Große Unruhe. Rufe: Unerbitt, bloße.) So ist der Kampf Henmann verhandelt. Darum hat die Sozialdemokratie dieses Gesetz zu verwerfen. Darum hat die Sozialdemokratie dieses Gesetz zu verwerfen. Darum hat die Sozialdemokratie dieses Gesetz zu verwerfen.

Minister Graf: Dieser Entwurf ist nicht politischer Art. Das Gesetz ist notwendig, denn es handelt sich um Einrichtungen im Interesse der Selbstverwaltung.

Abg. Steiner (Komm.): Heute sehen wir die wirkliche Regierungsmehrheit von rechts bis zu den Demokraten. Die Sozialisten sind nur da, um Opposition gegen die Rechte zu treiben. (Heiterkeit.) Die ganze Politik der Regierung (Abg. Müller: Sie Oberdiplomaten!) ist eine ausserprophane reaktionäre

Politik. Das Gesetz entspricht der Gesamtpolitik des Reichstags. Das Gesetz ist in Würtemberg, die Regierung ist der Oberste Graf. (Große Heiterkeit.) Die Begründung des Gesetzes stellt eine Unverschämtheit sondergleichen dar. (Heiterkeit, Ordnungsrufe.)

Abg. Bach (Str.): Die politische Bedeutung des Gesetzes erstreckt sich nur in der Einbildung Henmann. Wenn man die Vorlage mit Sachlichkeit prüft, so ist sie eine Selbstverleumdung.

Abg. Schief (D.D.P.): Der Entwurf ist eine brauchbare Lösung. Unter dem Druck der Finanznot könnte doch die eine oder andere polizeiliche Einrichtung abdrücken. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wird gar nicht berührt.

Abg. Müller (S.): Minister Graf hat sich auf eine niederen Stufe der Polemik heruntergelassen. Als der Zwischenruf „Hanswurst“ fiel, rief Graf: „Da steht der Hanswurst“. Es handelte sich nur um Abg. Henmann. Ich nenne das eine niederträchtige Flegel. (Ordnungsrufe des Präsidenten.) Das Gesetz ist nun geschaffen, damit Graf sein Mädchen an der Stadt Stuttgart kaufen kann. Als Müller weiter mit einem großen Aufwank von Stimme spricht, ruft Abg. Müller (D.P.) ironisch: Rufen Sie Henmann (S.): Die Persönlichkeit des Ministers ist der Sozialdemokratie gleichgültig. Auf was es ankommt, sind die Handlungen des Ministers des Innern. Wer die Behauptung aufstellt, daß ich die Polizeiwache gegen den Eintritt des Ministers Graf in Anspruch nahm, der ist ein Lügner. (Ordnungsrufe.) Minister Graf weist den Vorwurf der wahrheitswidrigen Behandlung der Sache zurück. Ich bleibe bei meinen Ansichten, daß ich im Stuttgarter Gemeinderat geäußert habe. Henmann sucht mittelbar die Polizeiwache gegen mich stark zu machen. (Abg. Henmann: Rufe! — Ordnungsrufe.) Von Ihrem Mund gehört mich dieser Vorwurf nicht. (Große Unruhe.)

Abg. Hub (D.D.P.): Ueber das Gesetz ist zu viel geredet. (Sehr richtig), nur durch die Polemik ist ihm eine übermäßige Bedeutung beigelegt worden. Ich und ein Teil meiner Freunde hätten gegen das Gesetz gestimmt. Nachdem es aber von den Linken zu einer Vertrauensfrage gemacht worden ist, stimme ich zu. (Zurufe.)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Müllerberger Hausmann (D.D.P.) mit 47 gegen 32 Stimmen (alle Soz. und einige D.D.P.) abgelehnt; auch der Antrag auf Streichung der Abs. 2 von Art. 1 wird abgelehnt, dagegen ein Antrag Schief (D.D.P.), daß das Gesetz am 1. April 1922 außer Kraft tritt angenommen. Bei der Schlussabstimmung wird das Gesetz in gleichem Stimmverhältnis in zweiter Lesung angenommen. Die 3. Lesung muß auf Einspruch der Unabhängigen und Kommunisten verschoben werden.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 25. April 1921.

Der Wert der Mark in Pfennigen am 23. April: Dänemark 7,0, Belgien 16,1, Norwegen 10,4, Dänemark 9,1, Schweden 7,0, Italien 23,3, England 7,6, Amerika 6,2, Frankreich 16,4, Schweiz 6,9, Spanien 8,8.

Einzahlung von Reichsbanknoten. Die Kammer München hatte angeregt, der teilweisen Forderungen halber die Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 24. Juni 1919 einzuziehen. Das Reichsbankdirektorium teil nun mit, daß die Umlaufzeit dieser Hilfsbanknote vor Anfang an nur als kurz gedacht war, jedoch die baldige Aufkündigung durch den Bedarf an Zahlungsmitteln unmöglich gemacht wurde. Die Zurückziehung der 50 Marknote wird bereits betrieben, sie wird aber längere Zeit in Anspruch nehmen.

Abbau der Reichspost. Die Reichspostverwaltung beabsichtigt, von ihren etwa 80000 nach beschlagnahmten Hilfskräften 30000 in ein Beamtenverhältnis überzuführen, da sie dauernd gebraucht werden, und das übrige Hilfspersonal allmählich zu entlassen, um den Betrieb wieder rentabel zu machen.

Eine nochmalige Erhöhung der Fernsprechkosten ist nach einer Vorlage im Reichspostministerium in Aussicht genommen. Die neue Erhöhung, die teilweise bis zu 50 Prozent beträgt, wird voraussichtlich im Juli in Kraft treten.

Sie bedeckte die trocknen, brennenden Augen mit den Händen.

O nur nicht denken müssen, nur nicht grübeln, das brachte sie dem Wahnsinn nahe.

Aber wie sollte sie die schmerzende Seele beschwichtigen? Mühte sie den Tod herbeizuführen, den Entföhr aller irdischen Pein. Es überkam sie mit einem Male ein unüberwindliches Erben nach der tiefen, traumlosen Ruhe, die durch nicht mehr gestört wird. Sterben! Hinübergehen in eine Welt, in der alle Stimmen des Leidens schweigen, in eine Sphäre, wo der Born der ewigen Liebe unerschöpflich fließt.

Aber sie mußte ja leben! Um ihres Vaters willen!

Der Tag verging; kein Wissen kam über ihre Lippen; niemand ließ sie zu sich ein, sie konnte nichts hören, nicht sehen. Es war, als wäre ihr Herz mitten durchgebrochen; es ruhte in ihrer Brust wie im Grab.

6. Kapitel.

Auf der Landstraße, die aus dem Garnisonstädtchen auf Felder und Wiesen mündete, trabte ein einzelner Reiter dahar. Er trug Silberharnisch am roten Uniformrock aufsitzen, wenn er aus dem Schatten der wegsäumenden Kieferbäume hervortrat, um seine eckige Gestalt den Strahlen der Himmelslichter preiszugeben.

Sein gezeichnetes, männlich-schönes Gesicht war auf die Feldarbeiter gerichtet, die mit dem Knaben des Getreides beschäftigt waren.

Von Zeit zu Zeit dachte der Reiter auf ehrerbietige Größe und richtete, neben den hochbedeckten Wagen eine Straße herziehend, einige verständnisvolle Fragen an die das schaukelnde Geährt begleitenden Leute.

Von allen Seiten wurde ihm mitgeteilt, die Ernte sei in diesem Jahre so gewaltig, daß die Scheunen das Getreide nicht zu fassen vermöchten. Leutselig versprach er dafür ein heftiger glänzender Erntefest und galoppierte dann, den Fuß seines Falben liebreich klopfend, rechts den weichen Geloweg entlang, der ihn in kürzester Frist seinem Ziel zuführte.

Mich Burgmeister war eine fowereiche Natur; zum Herrschen über viele geboren, schmückte ihn die edlen Eigenschaften eines miltlichen Herrschers: Milde, Güte und Gerechtigkeit. Die Beamten und Arbeiter der Pflanzung verehrten ihn mit wahren Fanatismus.

Fortsetzung folgt.

Stuttgart, 24. April. (Die Oberbürgermeisterwahl.) Bei der am heutigen Sonntag vorgenommenen Stadtvorstandswahl wurde der seitliche Oberbürgermeister Lautenschlager für den künftigen Bürgerliche Parteien und die Mehrheitsparteien eintraten, mit 69 697 Stimmen und insgesamt 79 698 abgegebenen Wiedergewählt.

Nottenburg, 24. April. (Bischof und Siedlungsfrage.) Bischof Dr. v. Keppeler hat dem hiesigen Siedlungsverein einen Beitrag von 5000 Mk. überwiesen. Es sollen in diesem Jahr drei Doppelwohnhäuser und ein Reithaus am ehemaligen Schießhaus erbaut werden.

Nottenburg, 24. April. (Fleischpreisabschlag.) Die Fleischermänner setzten die Fleischpreise herab. Ochsen- und Rindfleisch kosten 10 Mk., Kalbfleisch 8 Mk., Hammelfleisch 8 Mk., Kalbfleisch 10 Mk. und Schweinefleisch 14 Mk. je das Pfund.

Stuttgart, 24. April. (Bedingte Vergewaltigung.) Zwischen dem Landesausgleich des Württemberg zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene und der Vereinigung der Jugendgerichtshilfen Württemberg ist eine Vereinbarung zustande gekommen, daß in Strafsachen gegen jugendliche Personen der von einer Jugendgerichtshilfe aufgestellte Helfer für den Fall der Verurteilung bedingten Strafausschuss regelmäßig als Fürsorger zur Überwachung des Verurteilten während der Probezeit bestellt wird.

Stuttgart, 24. April. (Vorfottierung von Metzgereien.) Eine Lohnkommission hat begonnen, die Metzgereien, die den Tarif der Metzgergehilfen nicht anerkennen, zu vorfottieren. Auf den Strafen werden Handzetteln verteilt, und einzelne Posten mit Plakaten aufgestellt, die zum Boykott einzelner Metzgereien auffordern. Die Vereinigten Innungen von Groß-Stuttgart haben an die Bürgererschaft einen Aufruf erlassen, der gegen eine solche Vergewaltigung protestiert und die Bürgererschaft auffordert, dem Boykott keine Folge zu leisten.

Der Evangelische Volksbund veranstaltet am 27. und 28. April einen Vertretertag. Eröffnet wird die Tagung mit einer Lutherfeier in der Marktkirche am Mittwoch, abends 7 Uhr.

Die Zuckerraffinerie Stuttgart wird ihr Grundkapital um 9 300 000 Mark Stammaktien erhöhen.

Gewerkschaftliche Schachspiele, die schon lang in der Silbergasse und dem Redortal gelegenen Pflanzheim stattfanden, konnten durch die Nachforschungen der Kriminal-Abteilung des Landespolizeiamts nunmehr überführt und festgenommen werden. Es ist festgestellt, daß der 27 Jahre alte verheiratete Richter Jakob Lombacher von Stuttgart in Gemeinschaft mit dem 42 Jahre alten verheirateten Schachspieler Georg Nieß von Stuttgart in 5 Fällen zusammen 7 Schach gestohlen und das Spiel in Stuttgart abgesetzt hat. Der 62 Jahre alte verheiratete Händler Adam Eißner und der 38 Jahre alte verheiratete Händler Albert Dreher, beide von Stuttgart, wurden bis jetzt in 2 Fällen des gewerkschaftlichen Schachspiels überführt.

Genrebuch, 24. April. (Zusammenstoß.) Zwei Kinder erlitten Verletzungen über den Zusammenstoß der beiden Nachbarn Genrebuch und Jansenhausen.

Genrebuch, 24. April. (Verdacht auf Kindsmord.) Eine Mutter von acht Kindern hat dieser Tage einen weiteren Nachkommen zur Welt gebracht. Dieses angeblich tot geborene Kind hatte sie zerstückelt und begraben. Die Täterin, wie auch der Ehemann befinden sich wegen Verdachts des Kindsmords bereits in Haft.

Stuttgart, 24. April. (Behördenumwidmung.) Das Kultministerium ist nach dem vom Alten Postplatz in die Räume des Medizinalkollegiums. Dieses steht in die Karstraße neben dem Ministerium des Innern um. Staatspräsident Dr. Pieber nimmt Wohnung im Staatsministerium in der Königsstraße. Das Kultministerium am Alten Postplatz wird vom Coangelichen Konsistorium bezogen.

Murrhardt, 24. April. (Tödlicher Unfall.) An einer abschüssigen Stelle des Wegs stürzte Rektor a. D. Rietmüller so unglücklich, daß er nach kurzer Zeit an der erlittenen Verletzung starb.

Oberurbach, 24. April. (Brand.) In der Nacht zum Freitag brannte das Wohnhaus samt Scheuer und Stall des Johannes Baumgärtner nieder. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Das Vieh wurde noch herausgebracht. Das Geblüde und 20 Bienebienen, das Baumaterial zu einem Wohnungsanbau und neue landwirtschaftliche Maschinen sind verbrannt. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Gülfenstadt, 24. April. (Diebstahl.) Dem Bauern Jakob Niederberger wurden nachts aus seiner Wohnung 20 000 Mark gestohlen. Verdächtig ist eine Zigeunergesellschaft, die tags zuvor ein Konzert hier gegeben hat.

Mühlheim, 24. April. Aus dem Elfaß liegen Nachrichten vor, wonach der Frost voriger Woche in der elfaßischen Weinberge unermesslichen Schaden angerichtet hat. Die Reben, die bei der warmen Bitterung überall getrieben haben, sind fast vollständig vernichtet. Die Hybriden, die früher treiben, sind vernichtet, ebenso alle Frühgewächse. Auch viele Obstbäume sind dem Frost zum Opfer gefallen.

Die Einkommensteuer. Gewerbetreibende.

Das Reichseinkommensteuergesetz hat die vier Grundarten der früheren Steuerbelastung (Grundbesitz, Gewerbe, Kapital und Arbeit) beibehalten. Es hat aber von der früheren Zahlungsart abweichen müssen, weil sich nach dem Krieg die wirtschaftliche Lage beträchtlich verschoben hatte. Nach dem neuen Reichseinkommensteuergesetz wird der Veranlagung bei allen Einkommensträgern, also auch bei den Gewerbetreibenden, das in einem Kalender- oder Wirtschaftsjahr bezogene Einkommen zugrunde gelegt.

Anders als bei den Lohn- und Gehaltsempfängern, bei denen durch den Lohnabzug der Steuerbehörde feste Unterlagen gegeben waren, mußten bei den Gewerbetreibenden die letzten landessteuerlichen Unterlagen zu Hilfe genommen werden. Alle diejenigen Steuerpflichtigen, welche für die Zeit vor dem 1. April 1920 zur Landes Einkommensteuer veranlagt worden waren (ohne Ausnahme auch die Gewerbetreibenden), erhielten im Lauf des 1. Halbjahres 1920 einen vorläufigen Steuerbescheid, dem das für die letzte Landessteuerveranlagung maßgebliche Einkommen zugrunde gelegt war. Die Steuer wurde nach dem Reichssteuerertrag und unter Berücksichtigung des sogenannten Existenzminimums festgesetzt. In Zahlen war sie dann in 4 Raten am 15. Mai, 15. August, 15. November 1920 und 15. Februar 1921.

Die endgültige Veranlagung findet nach Ablauf des Kalenderjahres statt. Die Unterlagen hat jeder, auch der Gewerbetreibende, in einer Einkommensteuererklärung beizubringen. Auf Grund dieser wird jetzt die endgültige Einkommensteuer für das Einkommen aus dem Kalenderjahr festgesetzt. Sie gilt zugleich als vorläufige Steuer für das laufende Rechnungsjahr 1921. Auf die endgültig festgesetzte Einkommensteuer wird der Vorbehalt angedreht, der auf den vorläufigen Steuerbescheid hin gezahlt worden ist. Ist der gezahlte Betrag geringer gewesen, so wird eine Nachzahlung zu leisten sein; ist er dagegen größer, so wird er auf die nächste Steuerzahlung gutgeschrieben.

Bei der Ausfüllung des Veranlagungsformulars muß der Hauptfrage nach dem Geschäftsgewinn aus dem Betrieb besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Zunächst ist zu beachten, daß diese Frage nur für rein gewerbliche Betriebe gilt. Die Ausübung der Rechtsanwaltschaft, des Notariats und der ärztlichen Praxis gilt nicht als gewerbliche Tätigkeit. Das gleiche gilt hinsichtlich der Einnahmen der Künstler, Architekten, Ingenieure, Privatlehrer, Schriftsteller und der Angehörigen anderer freier Berufe.

Die Abgabe der Einkommensteuererklärung gestaltet sich am einfachsten, wenn der Gewerbetreibende ordnungsmäßig Bücher führt. Bei dieser Geschäftsregel nicht beobachtet, erschwert nicht nur der Veranlagungsbehörde, sondern auch sich selbst die Arbeit, da eine genaue Nachprüfung einer Angaben seitens der Steuerbehörde zu erwarten ist. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber bestimmt, daß jeder, der mehr als 10 000 Mark zu verzeichnen hat und nicht schon durch das Handelsregister zur Buchführung verpflichtet ist, seine Einnahmen aufzeichnen soll.

Außerordentlich wichtig für den Gewerbetreibenden ist die richtige Ansetzung des Begriffs „Werbungskosten“. Auch bei dem Einkommen aus einem Gewerbebetrieb dürfen diejenigen Werbungskosten abgezogen werden, die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens anzuwenden sind. Im allgemeinen werden daher alle diejenigen Aufwendungen als Werbungskosten anzusetzen sein, die in einer unmittelbaren Beziehung zu den Einkommensteuer unterliegenden Einnahmen eines Gewerbetreibenden stehen.

Unter den am häufigsten vorkommenden geschäftlichen Werbungskosten sind zu nennen: Miete, auch für Ausstellungsräume, Personalkosten, Gehälter, Löhne, Provisionen, Gratifikationen, freie Station, übliche Weihnachtsgeschenke, Trinkgelder, Angestelltenversicherungsbeiträge, persönliche Unfallversicherungsprämien, Spesen beim Ein- und Verkauf, sowie im Betrieb wie beim Kundenbesuch Reklamschilder, Dekorationskosten, Reinigungslohn, einschließlich des dafür benötigten Materials, Fernschreibung, angemessene Abschreibungen auf Inventar, persönlicher Aufwand im Geschäftsinteresse, Reklamkosten, Prozeßkosten, Steuern, Gebühren und Beiträge, soweit sie als abzugsfähig ausdrücklich anerkannt sind, Straßkosten, Innungs-, Kammer- und Verbandsbeiträge, Versicherung gegen Feuer, Diebstahl und Diebstahl, alle diejenigen Aufwendungen, die im geschäftlichen Leben im allgemeinen als Handlungskosten bezeichnet werden.

In seinem eigenen Interesse kann jedem Gewerbetreibenden nur geraten werden, alle seine Geschäftspesen einzeln anzuführen und auf einer Beilage der Einkommensteuererklärung beizufügen. Nur so wird der Veranlagungsbeamte sich ein klares Bild von denjenigen Kosten machen können, die als Werbungskosten von dem Einkommen abzugsfähig sind.

Berlin 4. Der Gründer und Vorkämpfer der Berlisch-Schule, der Sprachlehrer Maximilian D. Berlisch, ist in Neuenhagen bei Berlin gestorben. Sein Name war durch die Sprachschulen die nach seinem System fremde Sprachen lehrten, weitberühmt geworden. Das Berlisch-System war freilich nicht seine eigene Erfindung; sie stammte von einem deutschen Lehrer Gottlieb Henrich; aber Berlisch verdankt es, das System populär gemacht zu haben.

Eine Schafherde von der Sturmflut überfallen. In der Nähe der nördlich von der Hallig Nordstrand im Wattenmeer gelegenen „Hamburger Hallig“ ist es während eines schweren Sturms in der Nordsee zu einer furchtbaren Katastrophe unter einer großen Schafherde gekommen. Zwischen der Hamburger Hallig und dem Festland liegt in der Nähe des Damms eine über den Meerespiegel ragende Fläche mit vorzüglichem Weideland, auf welchem man, trotz der Gefahren durch Sturm und Flut, große Massen von Schafen weiden läßt. Als wieder einmal hundert Tiere auf diesem Weideland grasen, wurden sie von der plötzlich herankommenden Flut überfallen. Ein orkanartiger Nordwest wühlte das Meer auf und schwere Hagelstürme gingen nieder. Die Tiere riefen wild durcheinander, stürzten zum Teil in das tiefere Wasser oder wurden von den überfliegenden Pluten fortgerissen. Dreihundert Schafe, die in den tobenden Wetter blindlings über die Weide tobten, wurden von allen Seiten von Sturmfluten umringt. Von den Tieren ertranken über zweihundert. Die meisten der ertrunkenen Schaf wurden an das Festland gespült.

Der älteste Baum Deutschlands. Unweit Gießel bei dem Dorf Jennesdorf steht eine Elbe (Tanus) von über 5 Meter Umfang und 11 Meter Höhe, deren Alter nach vorläufiger Berechnung mehr als 1400 Jahre beträgt. Dr. D. Herr bezieht sie in „Ueber Land und Meer“ dieses ehrwürdige Naturdenkmal als den ältesten Baum Deutschlands, vielleicht sogar ganz Mitteleuropas. Der Umfang, der im Verhältnis zum Alter gering ist, erklärt sich daraus, daß bei der Elbe das Wachstum in der Dicke außerordentlich langsam vor sich geht; die Jahresringe sind sehr viel schmaler als bei den anderen Bäumen. Die Elbe ist in Norddeutschland seit langer Zeit im Schwinden begriffen und nur hier und da trifft man noch auf einige größere Exemplare, die eigentlich alle geschützt werden sollten. Früher aber war dieser Baum in ganz Europa weit verbreitet und an vorgeschichtlichen Funden treffen wir ihn immer wieder. Besonders wurde das Holz der Elbe wegen seiner Festigkeit für Fogen verwendet, und im altgermanischen Runenalphabet bedeutet dasselbe Zeichen „Elbe“ und „Vogel“. Es gibt männliche und weibliche Elbenbäume, von denen natürlich nur die letzteren die bekannten roten Beeren tragen. Unser ältester Baum ist ein männliches Exemplar, doch entwickelt er in einzelnen Jahren auch einzelne Zweige, die Früchte ansetzen.

Abgefertigt. Ein Aufschneider erzählte in einer Gesellschaft die abenteuerlichsten Geschichten von seiner unübertrefflichen Kunstfertigkeit, bis ihm schließlich ein schlafstarrer Professor sagte: „Das ist noch gar nichts gegen den Musiker Müller; der ahmt einmal auf der Orgel ein Gewitter mit solcher Wahrheit nach, daß in einem Umkreis von einer Stunde die ganze Milch sauer wurde.“

Mangelhafte Verpackung von Einschreibendungen. Die das Reichspostministerium mittelst, führen die Postverwaltungen überseeischer Länder lebhaft Klage darüber, daß ihnen fortgesetzt zahlreiche Einschreibendungen aus Deutschland in zerrissenen Umschlägen oder mit beschädigter Verpackung zugehen. Die Ursache hiervon ist die mangelhafte Verpackung der oben genannten Briefumhänge oder Verpackungsstoffe.

Letzte Nachrichten.

WZ. Jansbrud, 25. April. Die Abstimmung ging im allgemeinen bei reger Beteiligung vor sich. In Jansbrud hatten bis gestern Nachmittag 2 Uhr 80 Prozent der Abstimmungsberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

WZ. Jansbrud, 25. April. Von etwa 150 000 Stimmberechtigten haben ungefähr 90 Prozent ihre Stimme abgegeben, von denen mindestens 120 000 bis 125 000 für den Anschlag an Deutschland gestimmt haben.

Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen wurden in Jansbrud 33 454 für und 472 gegen den Anschlag abgegeben. Auch in Ruffeln, Schwaz, Jans und Landeck ergab sich eine überwältigende deutsche Arbeit.

WZ. London, 24. April. „D'Isere“ meldet, daß Lloyd George ein von Asquith, Lord Robert Cecil und Bain's unterzeichnetes Memorandum überreicht worden ist, dessen Inhalt nicht in der Richtung der Anwendung neuer Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland tendiert zu haben.

WZ. Gylke, 24. April. Reuters gibt über die Vermittlung folgenden Bericht aus französischer Quelle: Die Besprechung der Premierminister begann um 11 Uhr und wurde um 2 Uhr vertagt. Die Erörterung trug allgemeinen Charakter und bewies vollständig die englisch-französische Übereinstimmung über die Notwendigkeit, Deutschland zu sofortiger Zahlungleistung zu zwingen. Die Premierminister bemühten sich, verschobene Gesichtspunkte richtig zu stellen, beispielsweise die Opposition gewisser britischer Liberaler und Arbeiterkreise gegen neue Sanktionen, um eine zufriedenstellende Lösung zu erreichen. Es wurde festgestellt, daß eine Befreiung des Ruhrgebietes nur zeitweilig erfolgen und aufgehoben werden muß, sobald Deutschland zahlte. Sie würde also nicht den Charakter einer Annexion tragen. Die Besprechung wurde nachmittags wieder aufgenommen.

WZ. Gylke, 24. April. Reuters Sonderbeicht erhaltet meldet: In der langen informellen Nachmittagskonferenz wurde ein Beschluß nicht gefaßt. Endgültige Entscheidungen werden am 30. April bei der Zusammenkunft des Obersten Rates getroffen werden, die, wenn der Kohlenstreik dann vorüber ist, wenn nicht in Paris, in London stattfinden wird. Wie verlautet, befinden sich beide Parteien in Uebereinstimmung. Der französische Vorschlag wurde einstimmig gebilligt. Wenn das Ruhrgebiet besetzt wird, wird sich die britische Beteiligung daran auf einige Abteilungen Kavallerie und einige Tanks beschränken. Es wird betont, daß das Pariser Uebereinkommen sich noch in Geltung befindet. Der britische Vorkämpfer hat aus Berlin telegraphiert, daß die deutsche Note an die Verringernden Staaten dem amerikanischen Botschafter in Berlin heute Mittag eingehändigt worden ist.

WTB Paris, 24. April. Die Konferenz von Gythe ist um 6.15 Uhr abends zu Ende gegangen. Es wurde beschlossen, daß der Oberste Rat am kommenden Sonntag in Paris zusammentreten soll. Sollte Lloyd George durch die Streiklage verhindert sein, London zu verlassen, wird die Konferenz in London stattfinden.

WTB Gythe, 24. April. (Ruter.) Lloyd George u. Briand unterhielten sich heute früh privatim miteinander. Die formellen Besprechungen begannen um 11 Uhr. Die Premierminister prüften die Berichte der Sachverständigen über die deutsche Wiederaufbaunote, die in der Nacht zum 22. ds. Mts. eingegangen war. Über die angekündigte neue deutsche Note an die Vereinigten Staaten ist nichts bekannt.

WTB Paris, 25. April. Der Berichtstatter des „Temps“ in Gythe meldete gestern Nachmittag, Lloyd George habe gestern Vormittag die Aufzeichnungen des Generalsekretärs Berthelot angehört, aber einige Einwendungen vorgebracht. Er habe gesagt, man müsse nicht nur die wirtliche Schwäche der deutschen Regierung in Rechnung stellen, sondern auch auf die Rechte in den verschiedenen alliierten Ländern Rücksicht nehmen, die Einwendungen über die Art der Sanktionen machten. Er habe direkt auf den vorgestrichenen Brief von Aquino, Lord Robert Cecil und Cigno, hinzuweisen und auch hervorgehoben, daß die amerikanische öffentliche Meinung heute den Alliierten günstig gesinnt sei, daß sie aber eine weniger günstige Haltung einnehmen könnte, wenn man gegenüber Deutschland Maßnahmen von großer Strenge anwende. Der englische Premierminister sei geneigt gewesen,

einen letzten Verhandlungsversuch mit Deutschland zu empfehlen. Er scheine nicht die Hoffnung aufzugeben, Deutschland zu einer aufrichtigeren (!) Auffassung seiner Verpflichtungen führen zu können.

WTB Innsbruck, 25. April. In Bozen hat gestern ein Zusammenstoß zwischen Fasziisten und deutschen Bauern stattgefunden, wobei eine Person getötet und 43 verwundet wurden, darunter 8 schwer.

WTB Wien, 25. April. Nach den letzteren Feststellungen beläuft sich der durch den Brand in dem Schwester-Beipfängungsmaxazin verursachte Schaden auf annähernd 40 Millionen Kronen.

WTB London, 25. April. Der „Observer“ schreibt: Bei den ersten Beratungen zwischen den beiden Premierministern in Lypnne wurde ein wichtiger Punkt in den französischen Vorschlägen, nämlich ob die Besetzung des Ruhrgebietes unangenehm sein soll, in der Schwere gelassen. Lloyd George ist auf diesen Punkt nicht weiter eingegangen, da er in erster Stunde noch Poßung hatte, daß Berlin mit einem greifbaren Angebot hervortreten werde. In Lypnne habe man jedoch nicht weiter über das neue Angebot gehandelt, das Deutschland vorgestern angeblich vorbereitet habe. Der „Observer“ fährt dann weiter aus: In Frankreich hat anscheinend in den letzten Tagen zwischen den Sachverständigen eine Meinungsverschiedenheit geherrscht. Es wurde dort über zwei Pläne beraten: 1) einen allgemeinen, von Seydoux entworfenen Plan, wonach eine interalliierte Kontrolle der deutschen Ausfuhr und der deutschen Rohlerzeugung ausgedehnt werden sollte mit der Drohung einer

Besetzung des Ruhrgebietes, wenn Deutschland sich widerspenstig zeige, 2) ein sofortiger und endgültiger Plan einer militärischen Besetzung des Ruhrgebietes als Einleitung und als Mittel zur Erlangung der alliierten Forderungen. Briand unbestimmte vorgefertigte Haltung in der Frage scheint anzudeuten, daß Seydoux' Plan die Oberhand gewonnen habe, obgleich es natürlich möglich sei, daß Briand vorgestern nur seine Fächer ausgestreckt habe, um das diplomatische Terrain abzutasten.

WTB Athen, 23. April. Agence d'Athènes. Nach zuverlässigen Meldungen haben Albaner sich in einer Stärke von 5000—6000 Mann an 3 Stellen der Grenze von Epirus gesammelt und besetzte Stellungen bezogen. Diese Tätigkeit vollzieht sich unter ausländischem Einfluß und unter Mitwirkung türkischer Offiziere.

WTB Athen, 23. April. (Agence d'Athènes.) Durch ministerielles Dekret ist die Gläubigersung des Jahresgangs 1916 der Marinereferon angeordnet worden.

WTB Berlin, 24. April. Das Reichskabinett hat heute mittag in einer Schlussberatung den Text der Antwort an die amerikanische Regierung einstimmig festgesetzt.

WTB Paris, 24. April. Wie der „Chicago Tribune“ aus Managua gelabelt wird, hat Nicaragua seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärt, angeblich weil die Rollen zu hoch seien, wahrscheinlich aber, weil es seine Politik mit der von Washington in Einklang bringen will.

Druck und Verlag der W. Metzler'schen Buchdruckerei Altmühl, für die Schriftleitung verantwortlich: Emilie Raut.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Nachdem in Essingen und Mindersbach neue Maul- und Klauenseuchefälle nicht mehr vorgekommen sind, auch die Desinfektion in beiden Gemeinden durchgeföhrt ist, werden die Gemeinden Eschhausen, Pfundorf, Rosfelden, Schöndorff und Wildberg aus dem Beobachtungsgebiet genommen und in den 15-Kilometer-Umkreis einbezogen. In letzteren gehören nun sämtliche Bezirksgemeinden mit Ausnahme von Eschhausen und Mindersbach, die noch bis auf weiteres Sperregebiet sind.

Magold, den 23. April 1921. Oberamt: Märg.

Oberamt Calw

Gemeinde Eschhausen-Oberweiler.

Straßen-Bauarbeiten.

Zum Neubau einer Verbindungsstraße von der Hornberger Wendeplätze bis zum Ort Eschhausen Oberweiler, sollen die Bauarbeiten auf Grund der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Arbeiten u. Lieferungen der Straßen- und Wasserbauverwaltung, im Submissionsweg vergeben werden.

Die Kosten der in 3 Neubaufreden eingeteilten Arbeitsloose betragen:

| Arbeitsgattung. | Teil I | | Teil II | | Teil III | |
|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | Betrag in M. | Betrag in M. | Betrag in M. | Betrag in M. | Betrag in M. | Betrag in M. |
| Erdbarbeiten | 190 000 | 69 0 | 24 000 | | | |
| Schouffierungsarbeiten | 270 000 | 28 000 | 55 600 | | | |
| Maurer- und Steinhauerarbeiten | 5 000 | 400 | 400 | | | |
| Dohlen und Pflasterungen | 7 500 | 8 500 | 4 000 | | | |
| Siehe heftsmi t-1 | 16 500 | — | — | | | |
| zus. | 489 000 | 43 800 | 84 000 | | | |

Pläne, Kostenvoranschlag und Bedingungen sind vom Dienstag den 26. ds. Mts. an auf dem Rathaus in Eschhausen zur Einsicht aufgelegt und wolle Angebote in Prozenten der Voranschlagspreise ausgedrückt und mit Zahlungs- und Vermögenszeugnissen belegt, bis Dienstag den 3. Mai 1921, vormittags 10^{1/2} Uhr bestföhlt eingereicht werden. Der Zuschlag erfolgt innerhalb 8 Tagen. Bemerklich, daß Teil I, und Teil II. und III. der Neubaufreden je an einen Unternehmer vergeben werden.

Calw, den 21. April 1921.

Der beauftragte Baumeister: Rohler.

Alfred Pfeiffer

Baumaterialien-Handlung
Tel. 97 Calw (Wtbg.) Tel. 97

empfehlen sich den verehel. Gemeinden, Lehöden, Bauunternehmungen u. Privaten zur Lieferung der schnellsten u. billigsten Berechnung waggouweise u. ab Lager in:

Falzziegel, Biberschwänze, Meter- und Kaminsteine, Rhein. Schwemmsteine in allen Größen, Zement- u. Steinzeugröhren, Klosetts, Wassersteingarnituren aus Zement und Terrazzo, Portland-Zement, Leonberger Baugips, Schwarzkalk, Rolamatten, Zement-Croftoirplatten, Wand- u. Bodenplatten, la Da Spappe in allen Stärken, Ceerkordem, Carbollicum usw.

Ausführung von Wand- und Bodenbelägen.

Bei größeren Lieferungen Vorzugspreise.

J. Wurster, Altensteig

empfiehlt

Thomasmehl

Ammon-Superphosphat

Kali- „ „

Kalkstickstoff

Kainit, mittlere u. feinste Mahlung

Ammon-Sulphat-Salpeter.

NB. Ich bitte um baldmöglichste Rückgabe aller zu Kali u. f. w. leihweise abgegebenen Säcke zwecks Einbindung.

Der Obige.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41.

empfiehlt



Wasserglas
zum Einlegen.

Naphthalin-Kottenkugeln

Inserate haben in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg.

Altensteig.

Kopfstücker

sind wieder eingetroffen

Chr. Krauss.

Heirat!

Welterer, kinderloser Witwer, eig. Büro Geschäft in einer Stadt im Schwarzwald, pens., ev., gesund, rüdig, u. verm., wünscht sich mit Fräulein oder Witwe bis zu 50 J. zu verehelichen. Vermögen wünschlich, Aussteuer erwünscht.
Antwort unter Chiffre N A. 25 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Warzen beseitigt schnell und schmerzlos
Dr. Ballebs Warzenzerstörer.
Zu haben bei: F. W. Gutskunst, Schwarzwald-Drogerie, Altensteig.

Hochdorf.

Eine hochträgliche Kuh

hat zu verkaufen

Joh. Wurster.

Gestrichte

Knabenanzüge

Arbeitsrosen

Anzugstoffe

Hosenträger

Cravatten

empfiehlt billigt

Fritz Wizemann

Altensteig.

Grömbach.

Verkaufe gegen Meistgebot
zitta 35 Ztr. gut eingebrachtes

Heu

zitta 12 Ztr.

Dehmd

sowie etwa 10 Ztr.

Stroh.

Christian Broß.

Geforbene.

Hallwangen: Pauline Haug, geb. Schmieder, 54^{1/2} J. Ludwigsburg: Woldemar Glaser, Oberst a. D., 57 J.

Eschenfeld, 24. April 1921.

Todes-Anzeige.



Verwandten und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unser I. Gatte, Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder und Schwager

Friedr. Waidelich, senior

Gutsbesitzer

im Alter von 72 Jahren nach längerem, schwerem Leiden gestern Nachmittag 1/5 Uhr sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen

die Gattin:

Eva Waidelich, geb. Seeger.

Beerdigung Dienstag Mittag 1 Uhr.

Eschenhausen.

Fertige Schürzen

schwarz, weiß und farbig

in schöner Auswahl empfiehlt

J. Kaltenbach.

Altensteig.

Ewigen Klee samen (Blauklee)

Dreiblättrigen Klee samen (Rostklee)

Weiß- (Wiesen- oder Stein-) Klee

Schweden- (oder Bastard-) Klee

Thymothegrass

Grassamen-Mischung

(beste Sorten)

Schöne, haferfreie Wicken

Flachs-Samen Hanf-Samen

Angersamen-Feldrüben- „

Mohn-Samen Garten- „

alle Art

sowie schöne Stechtwiebel

Stangen- und Busch-Bohnen

alles nur beste Saatware

empfiehlt

Fritz Bühler jr.

